
**Felix Bluhm, „Die Massen sind aber nicht zu halten
gewesen.“ Zur Streik- und Sozialisierungsbewegung
im Ruhrgebiet 1918/19, edition assemblage:
Münster 2014. 156 Seiten, € 16,80**

Noch sind es drei Jahre, doch verschiedene Institutionen und einzelne Wissenschaftler_innen stehen bereits in den Startlöchern. 2018 jähren sich die Novemberrevolution, das Ende der Monarchie und die erste umfassende Demokratisierung der deutschen „verspäteten Nation“ (Helmuth Plessner) zum hundertsten Mal. Dass die Novemberrevolution neben der geschichtswissenschaftlichen Rezeption auch im öffentlichen Diskurs eine herausragende Rolle spielen wird, ist angesichts des vorherrschenden politischen Kräfteverhältnisses nicht denkbar. Für die Wissenschaft bedeutet ihre gesellschaftspolitische Marginalisierung jedoch auch eine Chance. Häufig ist sie dort besonders akkurat, selbstreflexiv und provokativ, wo ihr der Gegenwind ins Gesicht peitscht.

Felix Bluhms Beitrag zur Erschließung der Streik- und Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19 fällt in eben diesen Kontext. „Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen“ entstand ursprünglich als eine Magisterarbeit am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen. Mit finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte sie nun in Buchform publiziert werden. Der Autor ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und persönlichen Angaben im Buch zufolge „seit vielen Jahren in linken Zusammenhängen aktiv“ (S. 2).

Sein politischer Hintergrund wird die Entscheidung, gerade die Streiks der Belegschaft der in der Stadt Hamborn (heute ein Stadtbezirk von Duisburg) gelegenen Zeche „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ (GDK) aus alltagsgeschichtlicher Perspektive zu untersu-

chen, beeinflusst haben. Der subjektive Anspruch, eine kritische Geschichtswissenschaft zu betreiben, fällt dabei zusammen mit ihrer objektiven Notwendigkeit. Deutlich wird dies am Forschungsstand, den Felix Bluhm im ersten Teil der Einleitung präsentiert. Zwar sei das Thema „Bergbau und Bergleute, vor allem bezogen auf das Ruhrgebiet, ausgesprochen gut erforscht“ (S. 11), die Sozialisierungsbewegung im Allgemeinen werde jedoch immer noch recht stark vernachlässigt. Im Besonderen verblieben die Studien zur GDK häufig abstrakt, sodass die Forschungsergebnisse stark divergierten (S. 8 ff.).

Mit Verweis auf den Historiker Alf Lüdtke geht es Felix Bluhm darum, die Wechselbeziehungen zwischen den objektiven Lebenslagen und dem subjektiven Wahrnehmen und Handeln der Arbeiter_innen im Hinblick auf die Streikbewegung der Zeche zu untersuchen (S. 15 f.): „Herausgearbeitet werden sollte insbesondere, wie sich konkret *Kommunikationsprozesse und soziale Beziehungen als Voraussetzungen für Solidarität und Organisation* entwickelten, und welche Erfahrungen gemacht wurden, die für die Bewegung von Relevanz waren“ (S. 16, Hervorhebung im Original). In den Fokus der Arbeit rücken folglich die Fragen nach den materiellen Bedingungen für die revolutionäre Streikbewegung und nach den Ursachen für ihr Scheitern. Für deren Beantwortung kann sich der Autor jedoch nicht auf Quellen stützen, die Auskunft über das Gefühlsleben und die Alltagspraxis der revoltierenden Arbeiter_innen geben. Vielmehr gleiche die Annäherung an die Streikbewegung einem Indizienprozess, der sich auf historische Berichte, Protokolle und Petitionen oder auf externe Perspektiven – unter anderem Polizeiberichte, Zeitungsartikel und verwaltungsinterne Schreiben – stütze (S. 19 ff.).

Nach der Einleitung beschreibt der Autor im zweiten Kapitel die Stadt Hamborn. Als Aufhänger dient ihm ein Auszug aus einer der bedeutendsten zeitgenössischen Quellen, den Erinnerungen des Studenten Alexander Stenbock-Fermor: „ein Wald von Fabrik-schornsteinen, Fördertürmen, Maschinenhallen, Koksöfen, Hoch-

öfen, Mietskasernen, gespensterhaft schwarz sich abhebend von dem schmutzig-grauen, feucht-nebligen Himmel“ (S. 25). Nachdem man 1856 in der Stadt auf Steinkohle gestoßen war, wuchs Hamborn kontinuierlich. August Thyssen wurde Mitglied des Grubenvorstands und ließ ein Eisen- und Stahlwerk errichten. Die Einwohner_innenzahl von Hamborn stieg in den letzten fünf Jahren des 19. Jahrhunderts von rund 6.000 auf über 30.000. 1902 avancierte die GDK schließlich zur Zeche mit der größten Fördermenge im Ruhrgebiet. Die Bevölkerung – 1910 hatte Hamborn bereits über 100.000 Einwohner_innen – bestand weitgehend aus Arbeiter_innen. Eine Bourgeoisie fehlte in Hamborn nahezu gänzlich. Die Steuereinnahmen waren niedrig, die Infrastruktur mangelhaft, sodass sich die Arbeiter_innen selbst organisieren mussten, was sich auf ihre kollektive Handlungsfähigkeit durchaus positiv ausgewirkt haben mag (S. 27). Prägend muss außerdem die enorme Fluktuation der Bevölkerung gewesen sein. Wie groß der migrantische Anteil in etwa war, lässt der Autor leider offen. Etwas irreführend ist die Statistik der Gemeindeverwaltung aus dem Jahr 1910: Dort wurden zwar 19.000 polnische Einwohner_innen erwähnt, aber ob diese als eigenständige Gruppe erfasst oder zum Beispiel unter der Rubrik Preußen oder Österreich-Ungarn subsumiert wurden, wird nicht problematisiert.

Im darauf folgenden Kapitel geht es um den „Reproduktionsbereich“ – für die Forschung zur Alltagsgeschichte so notwendig wie aufgrund der dünnen Quellenlage schwierig zu erschließen. Konsequenterweise stützt sich Felix Bluhm daher hauptsächlich auf Quellensammlungen und zeitgenössische Publikationen. Eingerahmt werden diese von einer Beschreibung der strukturellen Verhältnisse in Hamborn: Das Fehlen eines verwurzelten Bürgertums bot dem Großkapital einerseits die Möglichkeit, sich einen Großteil der Fläche anzueignen (44 Prozent waren im Eigentum des Thyssen-Konzerns). Andererseits gebot ihm die fehlende Infrastruktur, massenhaft Wohnungen und Menagen zu errichten, sodass 1919 mit rund 74 Prozent ein viel größerer Anteil der Belegschaft der GDK in

Werksunterkünften untergebracht war als beispielsweise in anderen Zechen oder in umliegenden Metallgroßbetrieben. Anschaulich wird erläutert, wie Homogenität und fehlende öffentliche Einrichtungen für eine „halb-offene Familienstruktur“ sorgten, die sich aufgrund der räumlichen Enge durch eine gemeinsame Praxis auf den Straßen vor den Wohnhäusern auszeichnete (S. 38 ff.). Erläuterungen in Bezug auf die Geschlechterdimension der Werksiedlungen fallen dem Autor schwerer. Der Grund hierfür mag in den inkonsistenten und sich widersprechenden Quellen liegen. Während die Staatswissenschaftlerin Li Fischer-Eckert im Jahre 1911 für die Bergarbeiterfrauen eine „psychische Leere und Verarmung“ konstatierte, zweifelt der Autor an, dass diese geschlechtsspezifisch war und argumentiert mit Bezug auf die wenig später erschienene Studie von Adolf Levenstein, dass die benannte Tristesse vielmehr ein allgemeines geschlechterübergreifendes Phänomen gewesen sei (S. 42). Basierend auf einem hermeneutischen Blick schließt er, dass Frauen nicht nur im Rahmen von Arbeitskämpfen eine bedeutende Rolle spielten, sondern sich ihrer Situation auch wesentlich bewusster waren, als dies wohlfeil konstatiert wurde – wenngleich „[d]as gemeinsame Agieren im Rahmen von Streiks [...] nicht die Aufhebung bestehender Geschlechterhierarchien [bedeutete]“ (S. 46).

Den Fokus enger ausrichtend, beschäftigt sich das nachfolgende Kapitel schließlich mit der Zeche Deutscher Kaiser selbst. Ausgangspunkt ist eine Beschreibung der sich verändernden Belegschaft im Zuge des Ersten Weltkriegs. Arbeiteten während des Kriegs noch etliche Kriegsgefangene, Menschen ausländischer Herkunft sowie Frauen in der Zeche, folgte nach dessen Beendigung die Abwanderung ausländischer Arbeiter_innen, insbesondere Pol_innen, und die Verdrängung der Frauen aus der Belegschaft (S. 49 f.). Über eine bloße Beschreibung hinaus geht die folgende Abhandlung der Praxen in der GDK. Felix Bluhm unterscheidet die Arbeit über Tage, in deren Rahmen die Verarbeitung und Veredelung der Rohstoffe geschah, und die Untertage-Arbeit, welche mit einem Anteil

von rund 80 Prozent der Beschäftigten dominierte. Während Erstere auf der Beschäftigung einer heterogenen und damit leicht zu kontrollierenden Belegschaft basierte, zeichnete sich Letztere durch eine Belegschaft aus, die ein „eigenberufliches Bewusstsein“ (Stephen Hickey) besaß. Die Gefahr für Leib und Leben, aber auch die Arbeitsorganisation schweißten die Bergleute zusammen. Organisiert in kleinen „Ortskameradschaften“ waren sie nicht nur auf gegenseitige Hilfe und Solidarität angewiesen, sondern wurden auch im Gruppenakkord bezahlt. Jeweils ausgewählte Repräsentanten bzw. „Ortsälteste“ erhielten den Auftrag, über Bezahlung und Arbeitszeit zu verhandeln. Die verhältnismäßig gute Organisation war damit materiell bedingt. Dazu zählte auch der sogenannte Steiger, der als Aufsichtsperson nicht nur die Disziplinarmacht der Eigentümer verkörperte, sondern für die Bergleute als gemeinsamer Gegner fungierte. Wie lange die Arbeitsorganisation in „Ortskameradschaften“ fortbestand, ist in der Forschung umstritten. Der Autor geht jedoch davon aus, dass sie noch bis in die 20er Jahre in der GDK existierte, da die Mechanisierung noch nicht weit fortgeschritten war. Diese sollte später die Arbeitsüberwachung effektiver machen und die Selbstermächtigung der Arbeiter_innen erschweren. Bis dahin seien, gemäß dem Autor, die Grenzen nicht zwischen den einzelnen Bergleuten, sondern zwischen der Arbeiterschaft und den „Bergbeamten“ (S. 72) verlaufen. Räume der kollektiven Subjektkonstitution waren bis dato neben den Werkssiedlungen die weiten Wege zum Arbeitsplatz, die Anstauung bei der Einfuhr in den Schacht sowie die nach den Arbeitsschichten genutzten Waschkaue, da hier Kommunikation und somit Kollektivität möglich wurde.

Dass die Konstitution eines Kollektivs, das seine Interessen verfolgt, von unten erfolgte, wird in einem kurzen Einschub zum Thema „Gewerkschaften und Arbeiterparteien“ deutlich. Wenn sich schon allgemein im Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet keine einheitliche Interessenvertretung entwickelte, so spielten Gewerkschaften und Parteien im Rahmen der GDK eine besonders margi-

nale Rolle. Mit Verweis auf den Historiker Klaus Tenfelde, der die Bergarbeitergewerkschaften als „Streikvermeidungsvereine“ charakterisierte, sieht der Autor in der geringen Institutionalisierung der Belegschaftsinteressen eine besondere Chance für ihre Politisierung. Schließlich hatten sozialdemokratische wie christliche Gewerkschaften die Burgfriedenpolitik zur Zeit des Ersten Weltkriegs mitgetragen, ehe ihre Funktionäre nach dem Krieg auf die Sicherung des Arbeitsfriedens anstatt auf eine Sozialisierung der Betriebe abstellten. In Hamborn fielen die Gewerkschaften – aber auch Parteien – als „Disziplinierungselement“ jedoch weitgehend aus (S. 81).

Nach der Darstellung der strukturell-materiellen Bedingungen kommt Felix Bluhm im sechsten Kapitel zu dem angekündigten Fokus seiner Arbeit: der Streik- und Sozialisierungsbewegung in der Folge der Novemberrevolution. Mit schnellen Schritten eilt er über die ersten Tage hinweg, an denen ein Arbeiter- und Soldatenrat, der durch revolutionäre Soldaten und Matrosen von außen initiiert worden war, in Hamborn seine Arbeit aufnahm. SPD und USP waren paritätisch vertreten, jedoch stammten mindestens 10 der 17 Mitglieder aus den Bergwerken, wobei den Hauern die politische Führungsrolle zugekommen zu sein scheint. Ohne die Genehmigung des Rats kamen aber bereits am 13. November Bergleute der GDK zusammen und forderten die Siebeneinhalb-Stunden-Schicht, womit sie über die offiziellen Forderungen des Rats zur Arbeitszeitreduzierung um eine halbe Stunde hinausgingen. Nichtsdestotrotz beschloss Gewerkschaften zusammen mit dem Zechenverband eine achtstündige Schichtzeit – wobei sich zur Streitfrage entwickeln sollte, ob dabei das langwierige Ein- und Ausfahren inbegriffen sei. Entgegen der gewerkschaftlichen Interpretation des Abkommens und der allgemeinen Praxis, bestand die Belegschaft der GDK eigenständig und flächendeckend auf den kürzeren Schichten. Dass sie mindestens eine benachbarte Zeche aufforderte, es ihr gleichzutun, zeugt von einem hohen Organisationsgrad und einem ausgeprägten Bewusstsein für die politische Dimension ihres Handelns. Bis Ende November organisierte sie außerdem Be-

legschaftskommissionen für jeden einzelnen Schacht. Die jeweiligen Interessenvertreter konfrontierten die Zechendirektion schließlich mit einem Forderungskatalog, der höhere Löhne, eine Verkürzung der Schichtzeit auf sieben Stunden sowie die Beseitigung des „Fahrsteigersystems“ umfasste. Die Direktion verwies lediglich auf die Verhandlungen der Tarifpartner. Da aber die Gewerkschaften und Arbeitgeber die Forderungen der GDK-Belegschaft als wirtschaftlich untragbar abwiesen, beschloss diese eigenmächtig zu streiken.

Nachdem am Morgen des 9. Dezember 1918 noch ein Teil der Bergleute in einen Schacht eingefahren war, befand sich die Belegschaft am Nachmittag geschlossen im Streik. Für den Folgetag wurde eine Demonstration zur Wohnung des Direktors beschlossen, und andere Zechen wurden aufgefordert, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Weder der Arbeiterrat noch das Generalkommando in Münster hatten die Kapazitäten oder den Willen, der Direktion mit bewaffneten Kräften beizustehen. Es blieb dieser daher nichts anderes übrig, als der Belegschaft breite Zugeständnisse zu machen. Schnell verbreitete sich der Erfolg der GDK-Belegschaft im Ruhrgebiet über „informelle Kontakte der Bergleute, die durch das Zechenlaufen entstanden waren“, sodass sich weitere Belegschaften anschlossen und am 13. Dezember bereits über 10.000 Streikende gezählt wurden (S. 96 f.). Gewerkschaften und Produktionsmittelbesitzer handelten folglich eine 15-prozentige Erhöhung des Durchschnittslohns aus, die über eine Anhebung des Kohlenpreises kompensiert werden sollte. Als daraufhin die Direktion der GDK ihre Zugeständnisse mit Verweis auf das neue Abkommen für nichtig erklärte, legte die Belegschaft gegen den Willen ihrer Kommissionen am 15. Dezember erneut die Arbeit nieder. Der Streik wurde fortan auf die umliegenden Zechen ausgeweitet. Zudem traf eine nach Berlin entsandte Delegation mit Hugo Haase und Emil Barth zusammen, wobei Barth betont habe, „sich persönlich für die sofortige Sozialisierung des Bergbaus einzusetzen“ (S. 100). Was folgte, war eine Streikspirale, an deren Ende „gerade die große Mehr-

heit der politisch ungeschulten Bergleute trotz aller Beruhigungsversuche zur Aktion drängte: „Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen“ (S. 102).

Am 26. Dezember setzten die Hamborner Arbeiter_innen schließlich die Direktion der GDK fest. Thyssen stimmte daraufhin Verhandlungen auf „neutralem Boden“ und unter Anwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten Ströbel zu. Dieser traf am 28. Dezember im Ruhrgebiet ein, nachdem es am Vortag zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Volkswehr auf der einen und dem Freikorps Heuck, das auf Betreiben des Landrates eine Zeche in Oberhausen „schützen“ sollte, auf der anderen Seite gekommen war. In den Verhandlungen akzeptierte die GDK-Belegschaft schlussendlich die längere Version der Achtstunden-Schicht und nahm gegen Einmalzahlungen die Arbeit wieder auf. Das Abkommen glich allerdings mehr einer „Waffenstillstandsregelung“ (S. 110). Und so befanden sich am 11. Januar 1919 noch immer 60.000 bis 80.000 Bergleute im Ausstand. Der Essener Arbeiterrat – von SPD, USP und KPD paritätisch besetzt – bildete die sogenannte Neunerkommission, welche den Zechenverband und das Kohlensyndikat besetzte, aber das Versprechen der Sozialisierung mit der Forderung verknüpfte, dass die Arbeit wieder aufgenommen werden solle. Dem entsprachen die Bergleute, sie machten jedoch deutlich, dass ihre Arbeitsaufnahme an die restlose Sozialisierung geknüpft war. Am Ende erwies sich das „Essener Sozialisierungsmodell“, dessen Anziehungskraft zum erheblichen Teil in seinem parteiübergreifenden Charakter bestand, jedoch als Instrument der Hinhalte-taktik der Reichsregierung. Diese gewann Zeit, um ihre militärischen Kräfte zusammenzuziehen und im Ruhrgebiet zu intervenieren – womit Felix Bluhm der Einschätzung des Historikers Erhard Lucas zustimmt: Die Essener Koalition sei im Kern eine „Negativkoalition“ zur Beendigung der Streikbewegung und dauernden Beruhigung der Bergarbeiter gewesen (S. 117).

Als die Mitglieder des Soldatenrats in Münster verhaftet worden und Freikorps von Norden ins Ruhrgebiet eingerückt waren, be-

schlossen die Hamborner Bergleute den Generalstreik. Mit 180.000 Beschäftigten beteiligte sich am 20. Februar etwa die Hälfte aller Bergleute des Ruhrgebiets an ihm. Auf Initiative von USP-Funktionären aus Essen und Mülheim kam es schließlich zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Generalkommando und Arbeiter- und Soldatenräten. Obgleich sich die Regierungstruppen in diesem verpflichteten, nicht ins Ruhrgebiet einzumarschieren, besetzten sie dieses unter dem Vorwand, die Gegenseite sei vertragsbrüchig geworden. Hamborn selbst wurde am 27. Februar angegriffen, der Belagerungszustand verhängt und ein „Vollzugsrat“ eingesetzt. Unmittelbar darauf versuchte die Direktion der GDK, die längere Schichtzeit durchzusetzen. Daraufhin trat die Belegschaft in den Streik und forderte in dessen Verlauf auch die Freilassung der Gefangenen, die Auflösung der Bürgerwehr und des Vollzugsrats. Und tatsächlich erzwangen die Streikenden weitreichende Zugeständnisse, noch ehe bei der vereinbarten Neuwahl des Arbeiterrates am 2. April eine gemeinsame Liste der Linksradikalen die absolute Mehrheit erhielt. Zudem beschloss die Belegschaft der GDK nach Abzug der Besatzungstruppen die Sechs-Stunden-Schicht und führte diese eigenständig am 17. März ein, woraufhin sich die Forderung auch in anderen Zechen verbreitete.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Protestierenden, häufig mit Todesopfern auf Seiten der Arbeiter_innen, waren an der Tagesordnung. Am 30. März lud daher die reaktivierte Neunerkommission zu einer Konferenz in Essen. Bereits die Einladung, in der die Belegschaften zur Entsendung von gewählten Delegierten aufgefordert wurden, zeugt vom wachsenden Einfluss der Syndikalistinnen. Die Teilnehmer_innen der Konferenz beschlossen die Abkehr von den etablierten Gewerkschaften und die Bildung einer „Allgemeinen Bergarbeiter-Union“, die den Ideen des Rätessystems entsprechen sollte (S. 130). Im Zentrum standen weitreichende Forderungen, die durch einen am 1. April beginnenden Generalstreik erwirkt werden sollten. Zu Recht weist Felix Bluhm darauf hin, dass die Beschlüsse faktisch darauf hinausliefen, „der Regierung

ihre Machtmittel weitgehend zu entreißen und sie damit der Staatsgewalt zu berauben“ (S. 131, Hervorhebung im Original). Die Regierung reagierte erneut mit der Verhängung des Belagerungszustands. Dies schweißte die Streikenden jedoch nur noch mehr zusammen, sodass sich am 10. April mit über 300.000 Arbeiter_innen bis zu 90 Prozent der Bergleute im Ausstand befanden. Es konnte aber keine Ausweitung des Streiks auf andere Arbeitszweige erwirkt werden, weswegen die „Aushungerungspolitik“ der Reichsregierung und die militärischen Repressionsmaßnahmen dafür sorgten, dass die Bergleute Ende April ihre Arbeit wieder aufnahmen: „Nach fast einem halben Jahr der Auseinandersetzungen wurde die Bewegung so schließlich niedergeschlagen“ (S. 137).

Die Bergarbeiter_innen hatten formell verloren, einzig ihre Arbeitszeit war dauerhaft um eine Stunde verkürzt worden. Wie Felix Bluhm betont, konnten die Regierungstruppen jedoch „nicht die informellen Strukturen zerschlagen und so die Handlungsfähigkeit der Arbeiter*innen beseitigen“ (S. 146). Zwar waren „zahlreiche Personen [...] als spartakistische Anführer festgenommen [worden]“ (S. 121), was laut Petra Weber vom IfZ München für die Zerschlagung der Revolution hinreichte. Doch handelte es sich bei den streikenden Bergleuten gerade nicht um eine von oben gelenkte Masse. Mit Verweis auf Rosa Luxemburg, die sich darüber lustig machte, dass die Polizei die Arbeiterbewegung als künstliches Produkt weniger „Wühler und Hetzer“ begriffen habe, distanziert sich Felix Bluhm nochmals dezidiert von diesem „polizeiliche[n] Blick“ (S. 146). Gerade ihre Distanziertheit von etablierten Parteien und Gewerkschaften machte die Aktionen der Hamborner Bergleute so wirkmächtig.

Ihre Stärke scheint jedoch gleichzeitig ihre Schwäche gewesen zu sein, was der Autor nur bedingt dialektisch diskutiert. Insbesondere am Anfang der Streikbewegung ging es der Belegschaft der GDK um „greifbare materielle Verbesserungen“, nicht um eine „Veränderung der Besitzverhältnisse“ (S. 103). Die Wirkmacht der Bewegung verblieb somit zuerst begrenzt: Informelle Kontakte bil-

deten die Basis der Praxis, eine Verknüpfung mit anderen Arbeiter_innengruppen bestand kaum, nicht einmal zum riesigen Thyssen-Hüttenwerk in der unmittelbaren Umgebung. Nichtsdestotrotz weitete sich die Bewegung aus und erfasste schließlich so gut wie alle Bergleute des Ruhrgebiets. Es ist Felix Bluhms alltagsgeschichtlicher Perspektive zu verdanken, nun nachvollziehen zu können, wie sich diese Ausweitung auf Grundlage der Praxis des Arbeitskampfes und nicht durch „[e]in politisches Bewusstsein im engeren Sinne und die Schulung durch die Organisationen der Arbeiterbewegung“ (S. 140) vollzog. Selbst wenn man der Ansicht des Autors folgt, das „Essener Sozialisierungsmodell“ und die Neunerkommission wirkten sich in der Gesamtschau verheerend aus (S. 143), scheint es etwas übersteigert, wenn er resümiert: „Die Bergleute kämpften in sehr direkter Weise für ein menschenwürdiges Leben, dafür, *alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (S. 141). Um den Bergleuten ein derart prächtiges Zeugnis auszustellen, bräuchten wir weitere Kenntnisse über ihre Praxen, insbesondere in Bezug auf die Geschlechterfrage – was aufgrund der Quellenlage anscheinend selbst aus alltagsgeschichtlicher Perspektive nicht zu leisten ist. Trotz der überschwänglichen Euphorie am Ende, fehlender Beschriftungen der Abbildungen sowie einiger Lektorats- und Formatierungsfehler ist „Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen“ eine qualitativ hochwertige Analyse, die den vorherrschenden politischen Kräften nicht schmecken wird. Die kritische Geschichtswissenschaft darf Felix Bluhms zukünftigen Forschungsarbeiten mit Vorfreude entgegensehen.

Christoph Gollasch

